

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 15.01.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 16.45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Uwe Kramer Vorsitzender	Freier Träger	
Frau Heike Wießner	skE CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	bis 17.45 Uhr
Frau Sabine Wolff für Halle – NEUES Forum	MitBÜRGER	
Herr Leonhard Dölle	Freier Träger	

Entschuldigt fehlen:

Frau Kerstin Masur	Freier Träger
Frau Antje Klotsch	Freier Träger
Frau Sylvia Plättner	Freier Träger

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kramer eröffnete als Vorsitzender die öffentliche Sitzung und leitete diese. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Kramer, Vorsitzender, sprach an, dass für 16.45 Uhr Vertreter des Fachbereiches Recht eingeladen worden sind, deswegen ist der zeitliche Rahmen für den öffentlichen Teil begrenzt. Die Thematik zum Mitwirkungsverbot wird im nicht öffentlichen Teil behandelt. Der heutige TOP 5 wird um 1 Monat verschoben.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, merkte an, dass sie gegen die Verschiebung des TOP 5 ist.

Frau Raab, FDP-Fraktion, merkte an, dass doch das Positionspapier den Mitgliedern vorlag und hier nichts Spezielles drin steht, was dringend behandlungsbedürftig erscheint.

Herr Kramer, Vorsitzender, rief zur Abstimmung bzgl. der Verschiebung des TOP 5 und 5.1 In die nächste Sitzung auf:

5 Ja-Stimmen
1 Nein
0 Enthaltungen

Der Verschiebung des TOP 5 und 5.1 wurde damit zugestimmt.
Er sprach an, dass jetzt eine geänderte TO – ohne TOP 5/5.1. vorliegt.
Weitere Änderungen zur TO gab es nicht. **Der geänderten TO wurde zugestimmt :**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.11.2013
4. Steuerung im Bereich Hilfen zur Erziehung (HzE) auf der Basis der Ergebnisse der Jugendministerkonferenz
- 4.1. Diskussion

5. Vorstellung des Positionspapiers zur Berufsorientierung abgesetzt
- 5.1. Diskussion abgesetzt
6. Fortschreibung der Jugendhilfeplanung §§ 11 ff SGB VIII
- 6.1. Diskussion
7. Anträge von Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung
8. schriftliche Anfragen von Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung
9. Mitteilungen
- 9.1. Mitteilung zur AG 78 SGB VIII - Kita
10. Themenspeicher
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.11.2013

Der Niederschrift vom 13.11.2013 wurde ohne Änderungen zugestimmt.

zu 4 Steuerung im Bereich Hilfen zur Erziehung (HzE) auf der Basis der Ergebnisse der Jugendministerkonferenz

Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin FB Bildung, sprach an, dass den Mitgliedern das Positionspapier zu der Thematik vorliegt. Sie ging kurz auf die Historie ein: In Hamburg gab es 2011 eine Initiative zu der Thematik. Hintergrund war die Haushaltssituation und die Intransparenz ambulanter Leistungen. Zu dem Hamburger Modell gab es ein Positionspapier der Spitzenverbände. Die A-Länder (SPD-Regierung) haben sich der Thematik angenommen. Die Jugendminister haben das Thema im vorliegenden Positionspapier aufgenommen. Es sollte die aktuelle Situation aus Halle vorgestellt werden, der Bericht von con_sens ist noch nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Sobald dieser freigegeben ist, leitet sie diesen an die Mitglieder weiter. Über Zusammenhänge in der Jugendhilfe wurde bereits diskutiert. Rechtsansprüche werden nicht infrage gestellt. Gestaltungsspielräume sind in den Kommunen. Die Minister arbeiten an einem Folgepapier, dieses soll im März/April mit aktuellen Empfehlungen vorliegen. Parallel dazu ist die Thematik auch in der AG der Jugendämter aktuell. Dazu gibt es einen Arbeitsstand, diesen leitet sie noch zu. Es sollen jetzt Praktiker in die AG entsendet werden, um eine praxisrelevante Umsetzung erzielen zu können. Der Fachbereich hat signalisiert, dort mitarbeiten zu wollen. Wenn dies möglich ist, würde Frau Thiel aus dem FB Bildung dort mitarbeiten. Im Februar soll die AG nach § 78 HzE gegründet werden. Dort muss dann diskutiert werden, was wir in Halle

brauchen; wie die einzelnen Hilfen ankommen; die Wirkung von Hilfen; die Verknüpfung mit anderen Bereichen in der Jugendhilfe muss ebenfalls diskutiert werden. Der Arbeitsauftrag ist jetzt dazu da. Aktuelle Unterlagen werden auch dort mit eingebracht werden, auch der Bericht von con_sens. Sicher wird es eine intensive Diskussion in der AG nach § 78 HzE dazu geben, später dann auch noch im Unterausschuss Jugendhilfeplanung. Frau Brederlow verteilte noch ein Diskussionspapier zum Beschluss der Jugendminister zur Weiterentwicklung und Steuerung der Hilfen zur Erziehung. Sie betonte, dass es sich hier nicht um eine Vorlage der Verwaltung handelt sondern ausschließlich um ihre Gedanken hierzu. Es geht um die Wirkung von HzE, welche Methoden spielen eine Rolle usw. Das Vorgehen der Jugendämter hat sicher seine Grenzen. Sie verwies auf die Fallzahlen, die Kostenentwicklung bei HzE. Die Fallzahlen sind um ca. 40% und die Kosten um ca. 50% gestiegen. Im Jugendhilfeausschuss muss dann auch diskutiert werden, wie das Jugendamt aufgestellt und ausgestattet sein soll. Sozialräume und die Entwicklungen bei den HzE müssen angeschaut werden. Es muss festgestellt werden, dass weitere Expansionen der HzE von den Kommunen nicht mehr gesteuert werden können. Hierzu muss es Empfehlungen des Jugendhilfeausschusses geben, wie es weitergehen soll. Ihr Eindruck ist, dass es nicht um die Reduzierung/Veränderung von Systemen geht. Der Oberbürgermeister hat die halleschen Träger aufgefordert, hierzu Etwas vorzulegen, bisher ist dies noch nicht erfolgt. Die AG nach § 78 und der JHA müssen sich der Thematik annehmen. Sie empfahl, sich das Positionspapier der Jugendämter von Hamburg und der Spitzenverbände anzusehen. Hze ist ein sensibler Bereich, darf aber auch kein Tabu sein. Es soll heute als Einführung angesehen werden, da die Daten noch nicht veröffentlicht vorliegen. Die Diskussion dazu muss auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Frau Wießner, CDU-Fraktion, sprach an, dass in dem Positionspapier zu den Anträgen nach § 16 etwas steht. Das muss den Trägern bekannt sein, dass in den Anträgen eine Umformulierung erfolgen muss. Das muss zeitlich schnell passieren.

Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin FB Bildung, wies darauf hin, dass man sich den Punkt zu den präventiven Maßnahmen genau anschauen soll, § 16 spielt eine große Rolle. Dies wird deutlich im Benchmark. Es gibt aber nicht nur den § 16 sondern auch § 36a, wo auch bestimmte Möglichkeiten eröffnet werden. Aus dem Bundeskinderschutz heraus gibt es auch eine Initiative. Die Entwicklung in den Kitas muss angeschaut werden. Die Frage nach qualitativen Veränderungen und wie dies in den Verhandlungen mit den Trägern zum Tragen kommt spielt eine Rolle. Sie verwies auf die bevorstehenden Kommunalwahlen dieses Jahr. Eine Entscheidung zur Jugendhilfeplanung kriegen wir bis dahin nicht mehr hin, da die Zeitabläufe hierzu beachtet werden müssen. Der neue Jugendhilfeausschuss muss sich dieser Angelegenheit annehmen. Sie warnt vor Schnellschüssen.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass das Thema „brennt“. Wird Jemand mit einer Evaluation beauftragt oder erfolgt das über das Jugendamt selbst? Im präventiven Bereich sind kaum Mittel da, hierfür müssen wieder Haushaltsansätze da sein.

Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin FB Bildung, unterstützte die Anmerkung. Die Thematik Evaluation in HzE nicht. Es laufen z.Zt. die Kostenverhandlungen mit den Trägern, welche noch nicht abgeschlossen sind. Wenn es soweit ist, wird dazu informiert. Es soll eine Evaluation des Allgemeinen Sozialen Dienstes zur Arbeitsweise innerhalb des Jugendamtes erfolgen.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte an, wann die Verhandlungen beendet sein werden.

Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin FB Bildung antwortete, dass sie ca. Mitte Februar damit rechnet. Diese ziehen sich etwas länger hin, als angenommen wurde.

Herr Kramer, Vorsitzender, fragte an, ob die Thematik HzE noch diesen Unterausschuss oder den neuen UA betrifft.

Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin FB Bildung antwortete, dass sie hofft, dass dies noch in diesem UA eine Rolle spielen wird. Die Veröffentlichung sollte in den nächsten 2 Monaten erfolgen.

Herr Kramer, Vorsitzender, schlägt vor, dieses Thema erst mal für den UA im März vor zu merken, evtl. muss es dann verschoben werden, wenn sich die Veröffentlichung von con_sens noch hinzieht.

zu 4.1 Diskussion

siehe TOP 4

zu 5 Vorstellung des Positionspapiers zur Berufsorientierung

abgesetzt

zu 5.1 Diskussion

abgesetzt

zu 6 Fortschreibung der Jugendhilfeplanung §§ 11 ff SGB VIII

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, dass die Jugendhilfeplanung im Bereich §§ 11 ff für die Jahre 2012 ff durch den Stadtrat beschlossen wurde. Demnach war geplant, ab dem Jahr 2015 den Jugendhilfeplan vorzulegen. Wir haben eine geltende Förderrichtlinie, einen Sachkostenkatalog und die Sozialraumanalysen. Für die Bereiche der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit hat die Verwaltung vieles fast fertig, für den § 16 noch nicht. Es muss hierzu auch ein Auftrag durch den Unterausschuss Jugendhilfeplanung an die Verwaltung erfolgen. Wenn eine neue Jugendhilfeplanung für das Jahr 2015 ff zur Beschlussfassung dem Stadtrat vorlegt werden soll, muss dies noch den verwaltungsinternen Umlauf passieren. Realistisch und zeitlich gesehen, ist dies bis zum Ende der Wahlperiode nicht umsetzbar. Er unterbreitete den Vorschlag, die Fertigstellung der Jugendhilfeplanung um ein Jahr zu verschieben. Die Konstituierung des neuen Stadtrates erfolgt Anfang Juli. Bisher müssen Förderanträge der freien Träger zum 31.08. vorliegen. Er schlägt vor, den Antragszeitraum vom 31.08. auf den 30.06. des Vorjahres zu verschieben, um die Beschlussfassungen des JHA im Dezember zu ermöglichen. Die Wahlzusagen des Oberbürgermeisters (mehrjährige Förderung) sind bekannt, die Verwaltung ist daran gebunden. Es soll mehrjährige Förderverträge geschaffen werden.

Die Freien Träger wurden vom Oberbürgermeister aufgefordert, ihre Positionen abzugeben. Das würde die Verwaltung gern abwarten, um diese mit berücksichtigen zu können. Er verwies darauf, dass es Förderprogramme, wie bspw. „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ gibt, bei denen Nachfolgeprogramme aufgelegt worden sind. Das benannte Programm soll im Frühjahr 2014 zur Antragstellung und im Herbst 2014 zum Laufen kommen. Es gibt eine Fortschreibung des Landesprogrammes zur Schulsozialarbeit ab 2015. 2015 endet auch die Schulsozialarbeit über BuT.

Daraus ergibt sich auch für die Jugendhilfeplanung ein Schwerpunktbereich. Deswegen bittet die Verwaltung um die Verschiebung.

Herr Kramer, Vorsitzender, verwies darauf, dass dies in den Jugendhilfeausschuss gehört und dieser hierzu entscheiden muss.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte, welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Kann man dem Anliegen der Verwaltung ruhigen Gewissens zustimmen oder muss hierzu extra ein Beschluss gefasst werden? Läuft dann die bisherige Jugendhilfeplanung automatisch weiter bis eine neue Jugendhilfeplanung vorliegt?

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner, antwortete, dass die Jugendhilfeplanung natürlich weiter läuft. Wie dies umsetzbar ist, klärt die Verwaltung ab.

Anfrage Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Anliegen den Antragsabgabezeitraum von August auf Juni vor zu verschieben. Ist das mit den Trägern abgesprochen? Warum soll das vorgezogen werden? Sie findet die Zeiträume sehr schwierig. Wenn sich das verkürzt, haben die Träger noch weniger Zeit für die Antragsstellung.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner, antwortete, dass die Verwaltung an Abläufe gebunden ist und deswegen der Abgabetermin für Anträge vorgezogen werden soll.

Anfrage Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, ob dies organisatorische oder sachliche Gründe hat.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner, antwortete, dass dies organisatorische Gründe hat.

Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass es Vorschläge und Wünsche der Freien Träger zu den einzelnen Bausteinen gibt. Wenn die bisherige Jugendhilfeplanung verlängert wird, heißt das, dass das bisherige, was Wichtig war, verlängert wird, aber es keine Entscheidung für Schwerpunkte und Inhalte für 2015 geben würde. Es gab ja Veränderungen und Entwicklungen in der Jugendhilfe, dann gibt es für 2015 doch keine Planung?

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner, sprach an, dass es innerhalb eines Jahres in der Jugendhilfelandschaft keine drastischen Veränderungen gab. Es gibt die Sozialraumbeschreibungen, jährlich werden hier auch die Ziele und Handlungsfelder abgesteckt und hier im Unterausschuss vorgestellt und diskutiert. In den Sachberichten gibt es auch eine Auswertung und der Trend wird erwähnt. Es liegen also viele Dinge dazu schon vor.

Herr Kramer, Vorsitzender, beendete diesen TOP und sprach an, dass der Unterausschuss diese Informationen zur Kenntnis genommen hat und dies ja an den Jugendhilfeausschuss durch die Verwaltung herangetragen werden muss.

zu 6.1 Diskussion

Siehe TOP 6

zu 7 Anträge von Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung

Es lagen keine Anträge von Mitgliedern vor.

zu 8 schriftliche Anfragen von Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Mitgliedern vor.

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Mitteilung zur AG 78 SGB VIII - Kita

Frau Erfurth, Kita-Planerin des Fachbereiches Bildung, teilte den Stand zur AG 78 SGB VIII – Kita mit. Im letzten halben Jahr gab es 3 Sitzungen der Arbeitsgruppe. Die Themen und Inhalte der AG werden zwischen Fachbereich und Trägern abgestimmt. Es geht um partnerschaftliche Zusammenarbeit, Qualitätsentwicklung und darum, möglichst hohe und einheitliche Standards in den Kitas und Horten zu schaffen. Themen waren u.a. die Pflichten, die sich für die Träger aus der Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes ergeben oder wie die Platzkapazitäten in den Einrichtungen optimiert werden können, um eine möglichst hohe Auslastung der Plätze zu erreichen. Die Themen werden weiterentwickelt und es werden auch akute Fragestellungen behandelt. So spielte Anfang Dezember 2013 die Frage der Horte eine wesentliche Rolle in der Sitzung. Von den Trägern wurde angesprochen, dass die Problematik mit verhaltensauffälligen Kindern zunehmend ist und das Problem von Platzkündigungen ansteht, die es zu verhindern gilt. Da in den Sitzungen auch immer wieder die Zusammenarbeit mit dem ASD zu bestimmten Arbeitsabläufen angesprochen wurde und diese aus Sicht der Träger verbesserungswürdig ist, beschäftigt sich die nächste Sitzung am 04.03.2014 mit der Thematik. U.a. geht es darum, die Kitas und Horte mehr in die Fallbearbeitung einzubeziehen.

Anfrage Frau Raab, FDP-Fraktion, wie wird der Rechtsanspruch gewährleistet, wenn Träger Platzkündigungen aussprechen würden?

Frau Erfurth, Kita-Planerin, sprach an, dass Platzkündigungen verhindert werden sollen. Dazu wird derzeit ein Handlungsleitfaden vom Jugendamt erarbeitet, in welchem ersichtlich wird, wer zu welchem Zeitpunkt informiert werden muss, wenn eine Platzkündigung droht. Ziel ist, den FB Bildung frühzeitig einzubeziehen, um mögliche Hilfemaßnahmen zu erörtern, damit das Kind den Hortplatz behalten kann. Es gab schon Fälle, wo reagiert worden ist und

eine Kündigung abgewendet werden konnte. Bisher gab es noch keine Platzkündigung aufgrund von Verhaltensauffälligkeiten.

Herr Kramer, Vorsitzender, dankte für die Mitteilung.

zu 10 Themenspeicher

Herr Kramer, Vorsitzender, sprach zum Themenspeicher an, dass folgende Themen aktuell hier noch mit aufzunehmen sind:

Heute verschobener TOP in die Sitzung am 19.02.14:
Vorstellung des Positionspapiers zur Berufsorientierung

Für die Sitzung im März:

- Diskussion zum § 16 SGB VIII

- Diskussion zur Steuerung im Bereich Hilfen zur Erziehung (HzE)
Letztere Thematik wird unter Voraussetzung aufgenommen, dass bis dahin die Veröffentlichungen aus dem Benchmarking erfolgten.

zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine Anfragen.

zu 12 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

K. Brederlow
Fachbereichsleiterin

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

Uta Rylke
Protokollführer/in